

Im Bruderbund mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern hat die DDR in den 35 Jahren ihres Bestehens konsequent den Kampf gegen die imperialistischen Weltherrschaftspläne und die damit einhergehenden Bestrebungen geführt, Positionsverluste des Imperialismus wieder rückgängig zu machen.

Das Scheitern aller imperialistischen Versuche und Strategien, den Sozialismus zurückzurollen oder zu „wandeln“, hatte zur Folge, daß die aggressivsten imperialistischen Kreise zu Beginn der 80er Jahre dazu übergingen, selbst einen alles zerstörenden Nuklearkrieg einzukalkulieren, um damit den Gesetzmäßigkeiten der Weltentwicklung zu begegnen. Der von Reagan proklamierte „Kreuzzug“ stellt den Übergang zu globalem Hegemoniestreben dar, die Neuauflage der Pax Americana, das Streben nach einer Weltordnung zu amerikanischen Bedingungen.

Für diesen „Kreuzzug“, der sich gegen den Sozialismus als gesellschaftliches System und zugleich gegen die Lebensinteressen der ganzen Menschheit richtet, ist die Komplexität des angewandten Konzepts charakteristisch: Drang nach militärischer Überlegenheit, politische Konfrontation, Wirtschaftskrieg sowie konterrevolutionäre ideologische und politische Diversion. Den sozialistischen Staaten sollen günstige äußere, vor allem friedliche Bedingungen genommen werden. Wieder wird lauthals die europäische Nachkriegsordnung in Frage gestellt.

Genosse Erich Honecker brachte in seiner Rede auf der Festveranstaltung zum 35. Jahrestag der DDR zum Ausdruck, daß das Auftauchen der Pershing II in der BRD vor allem diejenigen ermuntert, „die den Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937“ verkünden und so auch revanchistische Ansprüche auf Gebiete Polens, der ČSSR und der UdSSR anmelden, dieje-

nigen, die darüber schwadronieren, daß die ‚deutsche Frage noch offen‘ sei“.⁴

USA-Vizepräsident Bush hat am 21. September 1983 in Wien Front gegen die Festlegungen von Jalta und gegen die Volksmacht in den Ländern des Sozialismus gemacht. USA-Außenminister Shultz wählte am 17. Januar 1984 die Tribüne der Konferenz für Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm, um in die gleiche Kerbe zu hauen und Minen gegen eine Rückkehr zur Entspannung zu legen.

Angesichts der Tatsache, daß sich infolge des Konfrontationskurses vor allem des USA-Imperialismus die Gefahr eines Nuklearkrieges rapide erhöht hat, gilt es jetzt erst recht, den Kräften des Krieges und der Vernichtung

Sozialistische Friedenspolitik weltweit anerkannt

Genosse Erich Honecker betonte auf dem Treffen mit Absolventen der Militärakademien am 24. September 1984: „Wir erklären erneut, daß wir gemeinsam mit allen Friedenskräften entschlossen sind, keine Mühe zu scheuen, damit der Weg zur Entspannung wieder geöffnet wird. Die Bäume der Ultras wachsen nicht in den Himmel. Der Sozialismus ist weder politisch oder ökonomisch noch militärisch erpreßbar. Wir sind fähig und entschlossen, das militärstrategische Gleichgewicht, eine der bedeutendsten Errungenschaften des realen Sozialismus, als wesentliche Voraussetzung der Friedenssicherung zu bewahren. Das imperialistische Streben nach militärischer Überlegenheit hat keine Chance.“⁵

Nunmehr nahezu 40 Jahre Frieden in Europa sprechen ein bededtes Zeugnis für die historische Wahrheit: Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden. In den zurückliegenden vier Jahrzehnten hat sich das internationale Ansehen der sozialistischen Gemeinschaft, vor allem auch ihr

in den Arm zu fallen, um eine nukleare Katastrophe zu verhindern. Deshalb ist die Erhaltung des friedenssichernden militärischen Gleichgewichts und die Fortsetzung der gemeinsamen offensiven Politik der friedlichen Koexistenz der sozialistischen Staaten, der Beendigung des Wettrüstens, der Rüstungsbegrenzung und -reduzierung ein zwingendes Gebot.

Das vereinte und geschlossene Handeln aller Kräfte der weltweiten Friedensbewegung gewinnt noch mehr an Gewicht als bisher. „Die Kräfte des Friedens sind stärker als die Kräfte des Krieges. Alles hängt von ihrer Geschlossenheit und von der Zielstrebigkeit ihres Handelns ab“, stellt die Prager Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten fest.

friedenspolitisches Ansehen, bedeutend erhöht. Der internationale Respekt vor ihren Leistungen auf wichtigen Gebieten des Lebens und ihren Vorschlägen zur Lösung wesentlicher Menschheitsprobleme ist stetig gewachsen.

Die Länder der sozialistischen Gemeinschaft erfüllen die Erwartungen aller Friedwilligen, in der Auseinandersetzung mit den aggressivsten imperialistischen Kreisen das Streben nach friedlicher Koexistenz zu verstärken und eine Wende zum Besseren in den internationale Beziehungen herbeizuführen, um das Leben der Menschen, die Existenz der Menschheit, die Zukunft unserer Erde zu erhalten und zu sichern.

Prof. Dr. Georg Granick
Stellvertreter des Direktors des Instituts
für Internationale Politik und Wirtschaft
der DDR

- 1) Neues Deutschland vom 7. Oktober 1984, Seite 4
- 2) Ebenda, Seite 5
- 3) Ebenda, Seite 3
- 4) Ebenda, Seite 4
- 5) Neues Deutschland vom 25. September 1984, Seite 3